

Rede von Oberbürgermeister Frank Meyer zum Gedenken an die Novemberpogrome

8.11.2019 / Platz an der Alten Synagoge

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

dies ist ein Tag des Erinnerns und Gedenkens – insofern sollte ein Großteil meiner Rede eigentlich von der Vergangenheit handeln. Das wird heute anders sein – zu viel ist in den vergangenen Wochen mitten unter uns passiert, in unserer politischen und gesellschaftlichen Gegenwart: Es verbietet sich, die jüngsten Geschehnisse auszuklammern und nur weit zurück zu schauen, auf die schrecklichen Taten des 9. November 1938.

Denn zu unserer aller Bestürzung tun sich im Moment unheilvolle Verbindungen auf zwischen Gestern und Heute.

Vor allem zwei Ereignisse der vergangenen Wochen muss man als Zäsuren begreifen und als deutliche Warnsignale, dass im Deutschland des Jahres 2019 etwas aus den Fugen geraten ist. Das erste Ereignis war der Anschlag auf die Jüdische Synagoge in Halle an der Saale vor einem Monat, am 9. Oktober: Nur eine stabile Holztür hat damals verhindert, dass ein Rechtsextremist am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur ein Massaker im Gotteshaus der Jüdischen Gemeinde anrichten konnte.

In der Bundesrepublik hatte es über Jahrzehnte immer wieder antisemitische Straftaten gegeben – Anschläge mit Brandsätzen, die Schändung von Gedenksteinen und Friedhöfen, Misshandlungen, ja sogar Morde: Doch die Tat von Halle war ein Terroranschlag, offenbar mit dem Ziel, dutzende Menschen zu töten, aus dem einzigen Grund, dass sie Jüdinnen und Juden sind. Ich kann verstehen, dass sich viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger danach an die dunkelsten Tage unserer jüngeren Geschichte erinnert fühlen: Dass es fast 75 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder zu einem solchen Angriff kommen konnte, ist eine Schande für unser Land.

Ich bin froh, dass sich in Krefeld sehr bald nach dem Anschlag ein Bündnis der christlichen Kirchen und der Jüdischen Gemeinde zusammengefunden hat, um in der Innenstadt eine Mahnwache abzuhalten – das war ein wichtiges, ein bewegendes Signal der Solidarität und des Mitgefühls.

Das zweite Ereignis, das man als Alarmsignal betrachten muss war die Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober, die den Schock der Wahlen in Sachsen und Brandenburg nochmals verstärkt hat. Denn am rechten Rand ist in Thüringen ein Kandidat angetreten, der symbolisch und tatsächlich für eine weitere Radikalisierung einer ohnehin extremen Partei steht: Man darf diesen Mann mit gerichtlicher Billigung einen Faschisten nennen – und man sollte das auch tun, weil jedes andere Wort ihn verharmlosen würde. Er hat in einem Buch seine Ideen für dieses Land niedergeschrieben – Ideen, die in letzter Konsequenz das Ende der Demokratie und des Grundgesetzes bedeuten: Es kann also niemand sagen, er sei nicht gewarnt.

Doch ihn zu dämonisieren, wird uns nicht weiterhelfen, denn das entbindet uns davon, in die tatsächlichen Abgründe zu blicken. Soziologen wie der Leipziger Extremismusforscher Alexander Yendell haben nachgewiesen, dass nicht vorrangig die wirtschaftlich Abgehängten, die Enttäuschten und die Protestwähler ihr Kreuz jenseits des demokratischen Spektrums gemacht haben: Laut seiner Studie haben viele AfD-Wähler in Ostdeutschland aus einem naheliegenden Motiv einen Rassisten gewählt – das Motiv ist Rassismus.

So unbequem diese Wahrheit sein mag: Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass Fremdenfeindlichkeit und die Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen in Teilen unserer Gesellschaft wieder hoffähig geworden sind. Diese Haltung und ihre stillschweigende Duldung bereiten auch den ideologischen Boden für Gewalttaten in Halle und anderswo. Den Wählerinnen und Wählern ihre Verantwortung abzunehmen und sie als Benachteiligte oder Verführte darzustellen, das wäre die Wiederholung eines folgenschweren historischen Fehlers.

Und damit bin ich doch in der Vergangenheit angekommen: Eins der größten Missverständnisse in der Aufarbeitung der Jahre 1933 bis 1945 war das Märchen von der „Machtergreifung“. Hitler hat die Macht nicht ergriffen – sie wurde ihm vom Volk gegeben: Schon am 31. Juli 1932 erhielt die NSDAP bei den Reichstagswahlen 37,3 Prozent der Stimmen; die demokratischen Parteien, die hinter der Weimarer Verfassung standen, kamen insgesamt nicht einmal mehr auf 40 Prozent. Im Nachhinein muss man sagen: An diesem Tag haben die Deutschen die Demokratie abgewählt – und sie haben diese Entscheidung bei den Neuwahlen im November 1932 nochmals bestätigt.

Sechs Jahre später folgten die Pogrome gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger: Sie waren zwar lange geplante, konzertierte Aktionen von SA und SS, doch auch hier lässt sich die Bevölkerung nicht von einer Mitschuld freisprechen – die Geschichte berichtet uns von Mittätern, Mitläufern und Schaulustigen, leider nur selten von Zivilcourage und Widerstand.

Zivilcourage wird aber die einzige Antwort sein, wenn wir dem neu aufkeimenden Antisemitismus und Rassismus in Deutschland begegnen wollen: Wir dürfen keine Gelegenheit ungenutzt lassen, auf die Entmenschlichung der Sprache, die Diskriminierung im Alltag und die schleichende Auflösung des gesellschaftlichen Grundkonsenses hinzuweisen. Das Grundgesetz selbst gibt uns den klaren Auftrag, die Würde des Menschen zu achten und alle Menschen gleich zu behandeln, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben und ihren Anschauungen: Dies muss unsere gemeinsame Leitlinie sein, von der wir keinen Millimeter zurückweichen.

Es muss klar, dass es in diesem Land keine rechtsfreien Räume gibt, in denen das Grundgesetz nicht gilt oder in denen es notfalls ein bisschen lockerer ausgelegt werden kann: Es gibt keine rechtsfreien Räume in Hinterzimmern, in den Sälen von Gaststätten oder auf Marktplätzen – es gibt auch keine rechtsfreien Räume in den sozialen Netzwerken oder auf einschlägigen Seiten im Internet. Wir müssen bei Hass und Hetze genau hinhören und müssen im Umgang damit alle Mittel des Rechtsstaates nutzen, wir müssen auch alle rhetorischen und argumentativen Möglichkeiten anwenden, wir müssen dagegenhalten, Mut zum Streiten haben und Überzeugungsarbeit leisten – und wir müssen klar zu erkennen geben, dass wir in diesem Land die Mehrheit sind.

Wir haben heute viel über die Gegenwart gesprochen und wenig über die Vergangenheit, viel über die Täter und leider wenig über die Opfer: Aber in einer Zeit, in der die Täter wieder ans Tageslicht kriechen, müssen wir gemeinsam den Scheinwerfer auf sie richten, damit wir am Ende nicht wieder viele Opfer zu beklagen haben. Dieser Ort im Herzen Krefelds war vor 81 Jahren Schauplatz einer brutalen Attacke auf das jüdische Leben in unserer Stadt – dies muss uns Mahnung sein, besonders in Zeiten wie diesen.

Ich bin froh, dass wir Jahr für Jahr hier zusammenstehen, manchmal bei Kälte und Regen, damit nicht vergessen wird, was in diesem Land und in dieser Stadt geschehen ist – denn es darf niemals wieder geschehen.

Als schon vor Jahrzehnten die Forderung aufkam, endlich unter all das einen Schlusstrich zu ziehen, da war es gut, dass wir uns nicht in den bequemen Weg gefügt haben, sondern dass wir uns als Demokratinnen und Demokraten einig waren, dass wir das Gedenken wachhalten müssen. Wir sind es den Millionen von Opfern schuldig, aber wir sind es auch einer Gegenwart schuldig, in der wir politisch und menschlich gefordert sind wie vielleicht nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte.

Wir dürfen jetzt, im November des Jahres 2019, nicht warten und zusehen: Wir müssen gemeinsam handeln und aufstehen für das Land, an das wir glauben – ein Land des friedlichen Zusammenlebens und der humanistischen Werte, ein Land, das seine Vergangenheit kennt und gerade dadurch eine zukunftsfähige Gesellschaft gestalten kann.